

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband der Regionalbewegung e.V.

Museumstr. 1

91555 Feuchtwangen

Produktion und Vermarktung regionaler Produkte

Regionale Wertschöpfungsketten

1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik (ELER) kann ein Mittel sein, regionale Wertschöpfungsketten finanziell zu fördern; auch eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur- und Küstenschutz (GAK) sollte diskutiert werden, beispielsweise um weniger sektorale und mehr integrative Förderung erreichen zu können. Zum Beispiel könnten Dorfläden gefördert und regionales Marketing ermöglicht werden. Doch alle finanzielle Hilfe nützt nichts, wenn sie nicht nachhaltig ist und die geförderten Strukturen nicht lebensfähig sind.

Zwei Beispiele aus der Landwirtschaft, wie sich so etwas ändern ließe:

- Die Agrardieselsteuerrückerstattung sollte ersetzt werden durch die Förderung der Anschaffung von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen mit Pflanzenölbetrieb oder die entsprechende Umrüstung. Ebenso wie früher den Hafer für die Arbeitspferde können Bäuerinnen und Bauern heute Raps für den Eigenbedarf an Treibstoff anbauen. Die Wertschöpfung bliebe im Betrieb bzw. in der Region, anstatt dass aus Krisenregionen über tausende von Kilometern fossile Brennstoffe importiert werden müssen.*
- Durch eine erhebliche Verkürzung der maximalen Dauer von Tiertransporten würde nicht nur Verkehr eingespart und Tierleid gemindert: Ein Netz von regionalen Schlachthöfen und entsprechenden Veredelungsbetrieben würde den Mittelstand und regionale Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelwirtschaft stärken.*

klein- und mittelständische Strukturen

2. Wie wollen Sie gerade in der Lebensmittelproduktion und -vermarktung klein- und mittelständische Strukturen stärken, die die Versorgung ihres Umfeldes gewährleisten?

Mitunter fehlt es an Koordination: Es ist zum Beispiel nur schwer nachvollziehbar, weshalb Brandenburg so wenig zur Versorgung Berlins beiträgt. Daher wurde im rot-roten Koalitionsvertrag eine Brandenburger Agrarwirtschaftsinitiative vereinbart, die allerdings bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. In den Regionen müssen Beratungsstellen geschaffen werden. Als ökonomischer Anreiz ist eine Verteuerung von Transporten

unerlässlich. Nicht zu unterschätzen ist kulturelle Prägung durch Imagebildung. Die ganze Gesellschaft kann und sollte dazu beitragen, dass regionale Produkte prinzipiell ein höheres Prestige bekommen, ihr Konsum „in“ ist.

Bundesprogramm Regionalvermarktung

3. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?

Ja. Ein solches Bundesprogramm ist notwendig. Äquivalent könnte auch im Rahmen der GAK bspw. die Regionalvermarktung vom Bund gefördert werden. Die Länder und Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Der Bund ist nach Artikel 72 des Grundgesetzes verpflichtet für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik zu sorgen.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

4. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden?

Zusätzliche nationale Regeln und Gesetze sind unerlässlich, auch um die regionale Wirtschaft gegenüber den großen Lebensmittelkonzernen mit ihrem weitgehend unterschiedslosen Sortiment zu schützen. Ausdifferenzierte Vorgaben stärken die Lebensmittelvielfalt, die Wirtschaft vor Ort und die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Zudem ist auch eine Eingrenzung der anonymen globalen Warenströme für mehr Lebensmittelsicherheit erforderlich. Das hat nicht zuletzt der Pferdefleisch-Skandal gezeigt.

Lebensmittelsicherheit

5. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, gerade bei der Lebensmittelsicherheit die Vorschriften zukünftig so zu gestalten, dass sie nicht nur die zunehmende Industrialisierung in der Lebensmittelwirtschaft begünstigen?

Leider wird den strukturellen Risiken in der Lebensmittelkette zu wenig Bedeutung geschenkt. Extrem niedrige Preise in der Warenkette und im Einzelhandel müssten bei der amtlichen Kontrolle eine höhere Aufmerksamkeit zur Folge haben. Zudem bergen internationale Lieferwege in der industriellen Verarbeitung von Lebensmitteln mit ihren oft anonymen Strukturen höhere Risiken als die Verarbeitung regionaler Erzeugnisse. Es fehlt an einer personell und materiell gut ausgestatteten Lebensmittelkontrolle. Das derzeitige System wird den globalisierten Handelsströmen nicht mehr gerecht. Die betrieblichen Zertifizierungssysteme funktionieren nicht entlang der gesamten Lebensmittelkette. Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure erhalten keinen Zugang zu den Daten der Eigenkontrollen der Unternehmen. Hier muss sich zugunsten der regionalen Erzeugung einiges ändern.

Öffentliche Ausschreibungen

6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?

Ganz klar: eine entsprechende Regelung im Vergaberecht. Dazu müsste auch die EU-Dienstleistungsrichtlinie geändert werden.

Kennzeichnung regionaler Lebensmittel

7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?

Es gibt bereits heute Regionalsiegel, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern akzeptiert und bei der Auswahl von Produkten berücksichtigt werden. DIE LINKE begrüßt das Regionalfenster als ersten Schritt für eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung. Allerdings ist das derzeitige Konzept zu schwach und unkonkret. So fehlen zum Beispiel Qualitätsangaben und staatliche Kontrolle. Bei echter regionaler Erzeugung und Vermarktung müssen umliegende Landwirtschaftsbetriebe und das örtliche Lebensmittelhandwerk im Mittelpunkt stehen. Das muss bei einer Regionalkennzeichnung deutlich werden.

Die Erzeugungskette von Lebensmitteln sollte vollständig nachvollzogen werden können. So spricht sich DIE LINKE dafür aus, Herkunftsangaben für Fleisch auch auf verarbeitete Produkte auszuweiten. Nicht alle Informationen müssen auf dem Produkt selbst abgebildet sein. Mit Hilfe eines „Tracking-Codes“, wie ihn einzelne Unternehmen bereits anbieten, können wichtige Informationen zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen „Reisepass für Lebensmittel“. Damit wird klar erkennbar, wenn Rohstoffe Tausende von Kilometern durch Europa gereist sind. Wir fordern eine unverzügliche und umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher bei konkreten Verdachtsfällen auf Lebensmittelbetrug. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Verbraucheranfragen nach dem Verbraucherinformationsgesetz kostenfrei und ohne Widerspruch der Unternehmen erfolgen. Darüber hinaus kann es künftig sinnvoll sein, den ökologischen Fußabdruck eines Produkts auszuweisen.